

2011-12-27

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.12.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Katholische Kirche

Binus, Barbara

Landesverwaltungsamt

Günther, Beate Unentschuldigt

Polizeirevier

Dawal, Angelika

Landgericht Dessau

Klumpp-Nichelmann, Thomas Unentschuldigt

Stadtsportbund Dessau e.V.

Wittke, Bernhard

Evang. Jugendhilfe

Theune, Claudia

Diakonisches Werk

Heinrich, Evelin

Fraktion der CDU

Trocha, Harald

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Hoffmann, Frank

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Grabner, Isolde Stellvertretung Herr George

Evangelische Landeskirche

Welker, Philipp

Jobcenter SGB II/Arge

Huth, Martina

Stellvertretung Frau Graul

ASG e.V.

Gerlach, Karin

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V.

Nickel, Petra

Stellvertretung Frau Böckel

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ledwa eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste. Er stellte die form- und fristgerechte Ladung einschließlich der Sitzungsunterlagen sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2011

Zur Niederschrift vom 25.10.2011 gab es keine Ergänzungen.

Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 0

4. Offene Beschlüsse

Frau Förster informierte zunächst zur Zeitschiene bzgl. der Fortschreibung Teilplan Jugendarbeit. Der Entwurf des Teilplanes entspricht dem aktuellen Zeitplan. Der Entwurf wird derzeit innerhalb der Verwaltung diskutiert. Nach Bestätigung in der Dienstberatung wird er sofort im Rahmen des Beteiligungsverfahrens an die Ortschaftsräte und Träger ausgereicht. Ihnen soll ausreichend Zeit zur Diskussion eingeräumt werden. In den Sondersitzungen des Unterausschusses am 01. und 08.12.11 wurde der Teilplan durch die Mitglieder der AG vorgestellt und diskutiert. Allen voran ist hier Frau Böckel zu nennen, die sich sehr intensiv damit befasst hat. Hier noch einmal die Terminkette nach Bestätigung in der OB-Dienstberatung.

Bis 31.01.2012

Beteiligungsverfahren mit den Trägern und Ortschaftsräten

16.02.2012

Beschluss im UA

06.03.2012

Beschluss im JHA

14.03.2012

Beschluss im Stadtrat

Des Weiteren informierte Frau Förster zum Stand der Umsetzung HH-Konsolidierung 2010 in der HH-Stelle 4515.76010 „Zuschüsse an freie Träger“. Hier der Prüfauftrag aus der Sitzung des Stadtrates vom Dezember 2010 zur Finanzierung einer Personalstelle für das Projekt „Kleine Arche“.

Der Gesamtfinanzierungsantrag der Johanniter-Unfall-Hilfe liegt mittlerweile der Verwaltung vor. In der Sitzung des UA am 8.12.2011 wurde der Antrag behandelt, aber noch keine Entscheidung getroffen. In einer Sondersitzung des UA am 19.01.2012 soll der Träger hierzu noch einmal angehört werden. Diese Sitzung soll in den Räumen der „Kleinen Arche“ stattfinden. Über das Ergebnis wird in der nächsten Sitzung des JHA informiert.

5. Informationen der Verwaltung

Es informierten Frau Förster und Herr Dr. Raschpichler.

Frau Förster:

Doku-Serie „Super-Nanny“

Die Serie wurde vom Sender RTL, trotz hoher Einschaltquoten, abgesetzt. Bereits mit Beginn der Serie hat der deutsche Kinderschutzbund große Bedenken zum Inhalt der Serie geäußert, da er jeglichen Respekt vor dem Kind und seiner Familie vermisse. Das Jugendamt war vor ca. 1 1/2 Jahren in einem Fall von dieser Serie betroffen und hatte darauf hingewiesen, dass Regieanweisungen vorlagen, die nicht die Realität widerspiegeln. Auch die Kommission für Jugendmedienschutz sah nach Ausstrahlung der letzten Serien-Staffel einen Verstoß gegen die Menschenwürde.

Arbeitsplan JHA 2012 Themenvorschläge

In der Sitzung des JHA am 25.10.2011 hatten wir sie aufgefordert Themenvorschläge für den Arbeitsplan einzureichen. Bisher sind von Frau Theune, Frau Grabner und Frau Falkensteiner Themen eingereicht wurden. Diese werden jetzt zusammengefasst und in der nächsten Sitzung des JHA vorgestellt. Der JHA soll sich hier positionieren, mit welcher Zielstellung, Vorgehensweise und in welcher Sitzung diese Themen behandelt werden sollen. Bis zum **23.12.2011** besteht noch die Möglichkeit Themen einzureichen.

Sitzungstermine 2012

24.01.2012

06.03.2012

17.04.2012

12.06.2012

17.07.2012

02.10.2012

15.11.2012 (Donnerstag)

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr

Die Termine wurden vom Büro des Stadtrates vorgegeben, um Überschneidungen mit anderen Ausschüssen zu vermeiden.

Herr Dr. Raschpichler informierte zum Stand der Beschlussvorlage Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes:

Die Vorlage wird derzeit in der Verwaltung noch abgestimmt und soll voraussichtlich im Januar 2012 in den JHA eingebracht werden.

Im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens wurde frühzeitig damit begonnen, die Schulen, als wichtigstes Glied in dieser Kette, zu beteiligen. Bis auf eine Schule, hier soll letztendlich die Gesamtschulleiterkonferenz Klarheit dazu bringen, haben die Schulen den Bedarf an Schulsozialarbeit signalisiert.

Es stehen jährlich ca. 613.000 € im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes zur Verfügung. Mit Bestätigung in der OB-Dienstberatung soll die Finanzierung für die Jahre 2012, 2013 und 2014 gesichert werden. Zeitgleich werden auch die Stellenbeschreibungen und Stellenausschreibungen durch die Verwaltung vorbereitet. Träger soll die Stadt werden. Dann erfolgt die inhaltliche Diskussion mit dem Votum des JHA. Wenn es seitens der Ausschussmitglieder nichts Gegenteiliges zur weiteren Verfahrensweise mit der Beschlussvorlage zur Schulsozialarbeit gibt, würde er dies als positives Votum aus der heutigen Sitzung mitnehmen.

Frau Förster ergänzte, dass die Thematik Schulsozialarbeit im Unterausschuss bereits ausführlich behandelt und diskutiert wurde.

6. Informationen und Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Herr George beantragte im Rahmen dieses TOPs das Rederecht für Frau Dr. Rehm, dass durch die Ausschussmitglieder mehrheitlich bestätigt wurde.

Frau Dr. Rehm fragte an, ob es im Rahmen der Finanzierung der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket passieren kann, dass Anträge für die anderen Bereiche nicht bewilligt werden können.

Herr Dr. Raschpichler: Es braucht kein Antragsteller Angst zu haben, dass seine Anträge nicht bewilligt werden. Es besteht hier ein Rechtsanspruch auf die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Herr George: Warum werden viele Familien nicht erreicht bzw. was hat das Sozialamt bisher unternommen?

Herr Dr. Raschpichler: Das Geld, die Kinder, die Eltern und die Leistungsangebote sind da. Die Mitarbeiterinnen helfen beim Ausfüllen der Antragsunterlagen. Viele Eltern empfinden es als diskriminierend Anträge zu stellen bzw. ist ihnen der Aufwand zu hoch.

Frau Lütje konnte dies bestätigen, da sie mit vielen Eltern gesprochen hat. Für die Eltern ist es zuviel Aufwand. Hilfeangebote sind hinreichend vorhanden.

Frau Förster: Dieses Problem ist bundesweit, aber es bleibt die Pflicht, dass die Eltern selbst tätig werden müssen.

Herr Dr. Raschpichler sicherte abschließend zu, in der nächsten Sitzung des JHA über den Stand der Anträge zu Bildungs- und Teilhabepaket zu informieren.

7. Informationen

7.1. Vorstellung des Projektes "Haus der kleinen Forscher" - Referentin: Frau Bornemann Stiftung "Haus der kleinen Forscher"

Frau Dr. Bornemann, Referentin der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ stellte das Projekt mit einer Powerpoint-Präsentation vor. Diese Präsentation wird als Anlage mit dem Protokoll ausgereicht. Im Anschluss an die Präsentation informierte sie, dass sich aus Dessau-Roßlau bisher 48 Einrichtungen am Projekt beteiligen. Der Teilnehmerbeitrag ist mit 15 € je Teilnehmer und Workshop sehr günstig.

Dies wurde von **Herrn Geier** bestätigt. Der Teilnehmerbeitrag ist gegenüber anderen Fortbildungen sehr günstig, allerdings summiert es sich, wenn mehrere Mitarbeiterinnen an allen Workshops teilnehmen.

Frau Dr. Bornemann ergänzte, dass sich die Freistellung der Mitarbeiterinnen für die Workshops für die Einrichtungen als schwierig erweist, so dass man sich seitens der Stiftung entschlossen hat, diese größtenteils an den Wochenenden durchzuführen.

Durch die Stiftung wurden verschiedene Flyer zur Verfügung gestellt.

Herr Ledwa bedankte sich zum Abschluss bei Frau Dr. Bornemann für die interessanten und ausführlichen Informationen.

17:30 Uhr Herr Kühne geht

7.2. Präventionsprojekt: Umsetzung von Bausteinen des Projektes "HaLt - Hart am Limit", Referenten Frau Thielemann, Koordination Suchtprävention und Konfliktbewältigung , Herr Barnutz, Polizeirevier Dessau-Roßlau

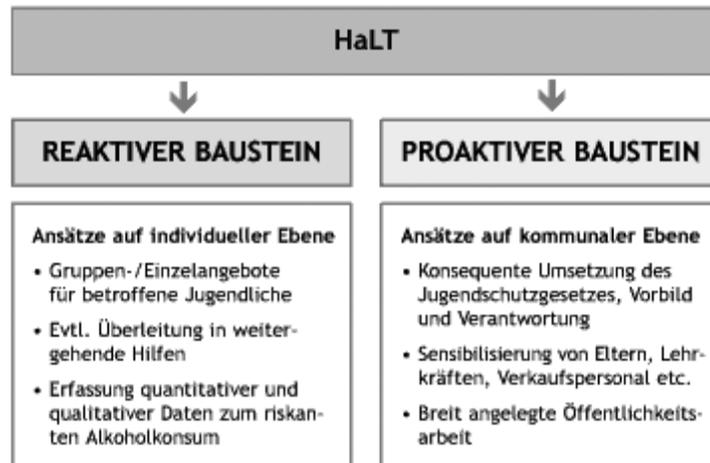
Frau Thielemann und Herr Barnutz stellten gemeinsam das Projekt „HaLt – Hart am Limit“ gegen Komatrinken von Jugendlichen vor.

Das „HaLt“-Projekt besteht seit dem Jahr 2000 und hat seinen Ursprung in Baden Württemberg.

HaLT ist ein Suchtpräventionsprojekt, das aus zwei unterschiedlichen Bausteinen besteht, die sich gegenseitig ergänzen und verstärken. Im reaktiven Projektbaustein werden Jugendliche nach stationär behandelter Alkoholvergiftung mit dem sogenannten „Brückengespräch“ meist noch im Krankenhaus angesprochen. Zusätzlich zu diesen Einzelberatungen für betroffene Jugendliche (und ihre Eltern) erfolgt eine

Auseinandersetzung mit dem riskanten Konsumverhalten im Rahmen eines 8 bis 12-stündigen Gruppenangebotes. Neben der Zusammenarbeit mit den Kliniken gibt es, regional unterschiedlich, weitere Schnittstellen, um Jugendliche mit riskantem Alkoholkonsum frühzeitig zu erreichen, z.B. Jugendberufshilfe, Ärzte, Schulsozialarbeit oder Justiz.

Die Bausteine



HaLT verbindet Verhaltens- und Verhältnisprävention und spricht gleichzeitig Jugendliche und Erwachsene an. HaLT vermeidet dadurch eine Individualisierung jugendlichen Alkoholmissbrauchs und eine Zuschreibung der Verantwortung allein auf Jugendliche und ihre Eltern. HaLT bezieht den Kontext mit ein, in dem jugendlicher Alkoholmissbrauch entsteht, weil sich nachhaltige Lösungsansätze nur hieraus ableiten lassen. Seit 2009 trifft sich eine Arbeitsgruppe. Mit dabei sind das Klinikum, Beratungsstellen, Jugendamt und Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung und die Polizei. Im Jahr 2011 wurde ein Testjahr probiert mit folgenden Ergebnissen:

Ergebnisse aus dem Reaktiven Baustein:

Frau Endler/ Suchtberatung Bethanien

- Zertifizierung des HALT – Projektes in Lörrach ist erfolgt.
- Erste Fälle seit Anfang 2011, aktuell vier Jugendliche, mit ihnen hat das Projekt begonnen.
- Übermittlung der Jugendlichen erfolgte hauptsächlich durch das Klinikum Dessau – Roßlau.
- Finanzierung wird bei der jeweiligen Krankenkasse beantragt.

Herr Dr. Mathony/ Kinderklinik Dessau – Roßlau

- Im Jahr 2011 wurden 30 – 40 Vorfälle in der Kinderklinik mit alkoholisierten 13-17 Jährigen behandelt.
- Die Zahlen sind ähnlich die des Vorjahres.
- Herausgabe von Informationsmaterialien der Suchtberatungsstelle durch Ärzte an Betroffene erfolgt regelmäßig.

- Zusätzlich verzeichnet das Klinikum eine Zunahme von Patienten mit Nachweis von Narkotika im Blut.
- Organisatorische Probleme ergeben sich immer noch bei der Realisierung nach einem Vorfall bereits im Klinikum das Erstgespräch durch die Suchtberatung abzusichern, da die Anbindung effektiver sei. (Rückmeldung Frau Endler Suchtberatung Bethanien: nicht realisierbar).

Ergebnisse aus dem Proaktiven Baustein:

Frau Thielemann u. Frau Schulz/ Stadt Dessau-Roßlau Jugendamt (JA) und Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung (AföSO)

- Regelmäßige präventive Maßnahmen z.B. „Sieben Wochen ohne“ Aktion zur Verzichtübung, Aktionswoche Alkohol Mai 2011 fanden statt,
- Konzeption für Testkäufe wurde erstellt, Durchführung eines Workshops, Testkäufe hat stattgefunden und die Testkäufe auch.
- Betreuung durch die Streetworkerin von einer Gruppe von Jungen Erwachsenen und Minderjährige mit Konsum von Alkohol , z.B. Amaliensitz in Dessau (Ziebigk).

Planung 2012:

- 2012 Durchführung eines Alkoholparcours durch die Koordinierungsstelle für Suchtprävention (JA) mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) und Kooperationspartnern in Dessau-Roßlau geplant.
- Testkäufe (Zusammenarbeit Jugendamt und AföSO) weiterhin geplant.
- Prüfung der Einhaltung des Jugendschutzes
- Vorstellung des Projektes für die Öffentlichkeit am 18. Januar 2012, 15:30 Uhr im Klinikum Dessau – Roßlau daraus folgend:
- Erstellen von Informationsmaterialien/ Flyer Arbeitskreis HALT in Dessau – Roßlau
- Erstellen von Bögen des AK, welche durch die Teilnehmer an Betroffene herausgegeben werden können
- Fertigung von Einladungen

Diskussion:

Frau Lütje: Besonders die Schulen sind hier in die Pflicht genommen, sie müssen auf die Eltern zugehen bevor es zu spät ist.

Frau Thielemann: Es gibt bereits erste Ansätze in Form von Elternbriefen, die von den Schulen ausgereicht werden, Elternabende und andere Veranstaltungen.

Frau Böckel: Die Finanzierung der Suchtberatungsstellen durch das Land läuft 2012 aus. Wie soll die Beratung weiter praktiziert werden?

Herr Barnutz: Es wurden Gespräche mit den Krankenkassen geführt, die signalisiert haben, dass sie die Finanzierung der Beratungsgespräche übernehmen wollen.

8. Beschlussfassungen

8.1. Richtlinie für den Bau, die Gestaltung und den Betrieb von Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/386/2011/V-51

Frau Förster führte zunächst kurz in die Beschlussvorlage ein:

Mit dieser Richtlinie wurden alle gesetzlichen Regelungen für das Betriebserlaubnisverfahren zusammengefasst. Durch die Kommunalisierung der Fachaufsicht wurde durch das Landesjugendamt der Arbeitsauftrag an die Kommunen erteilt, eigene Richtlinien zu erarbeiten. Der Bördelandkreis (Stadt Haldensleben) hat als erste Behörde in S/A eine solche Richtlinie nach vorheriger Abstimmung mit dem Landesjugendamt vom Kreistag beschließen lassen. Diese konnte nunmehr allen Jugendämtern des Landes als Grundlage für die Schaffung eines einheitlichen Rahmens dienen.

Das Beteiligungsverfahren ist sehr umfänglich gewesen. Viele Fachämter wurden beteiligt. Deren Regelungsbedarf, die auf gesetzlichen Grundlagen basieren, finden sie in dieser Richtlinie wieder. Diese Richtlinie stützt sich momentan noch auf das Kinderförderungsgesetz, was noch aktuell ist, aber novelliert werden soll und daraus können sich noch Änderungen ergeben. Diese sollen dann in die Überarbeitung noch mit einfließen.

Der Entwurf der Richtlinie wurde allen Trägern zur Verfügung gestellt. Wir haben eine Zuarbeit mit Hinweisen zur Richtlinie vom Behindertenverband bekommen. Zu den Hinweisen haben Gespräche mit dem Fachbereich stattgefunden. Dem Gesprächsprotokoll ist zu entnehmen, dass bis auf 2 Hinweise ein Konsens gefunden wurde.

Diskussion:

Herr Geier: Er sprach zunächst dem Jugendamt die Anerkennung für diese Richtlinie aus (immense Fleißarbeit). Es ist richtig, dass mit dem Fachbereich 2 Gesprächstermine (insgesamt 6 Stunden) stattgefunden haben. Keine seiner insgesamt 18 Hinweise wurde in irgendeiner Art und Weise berücksichtigt. Er ist hochgradig enttäuscht, dass so mit den Zuarbeiten der freien Träger umgegangen wird.

Frau Förster: Diese Richtlinie regelt ein Betriebserlaubnisverfahren, was gesetzlich vorgegeben ist. Die Hinweise, die Sie gegeben haben, sind jedoch größtenteils gesetzlich geregelt. Alle Träger hatten laut bestätigter Terminkette (6 Wochen) bis zum 19.09.11 Gelegenheit eine Stellungnahme abzugeben. Bis zu diesem Termin lagen dem Jugendamt keine Stellungnahmen vor. Erst nach einem Erinnerungsschreiben ging am 04.10.2011 beim Fachamt die Stellungnahme vom Behindertenverband ein. Sie erheben den Anspruch, dass das was Sie vortragen, dann auch übernommen wird. Kein anderer Träger hat hier Probleme bzw. einen Änderungsbedarf gesehen.

18:30 Uhr Frau Ziska geht

Nach einer kurzen kontroversen Diskussion, bei der **Frau Förster** noch mehrmals auf die gesetzlichen Grundlagen in dieser Richtlinie hingewiesen hat, wurde von **Frau Bö-**

ckel angeregt, dass Herr Geier alle Hinweise noch einmal vorträgt. Allerdings sollten diese nicht von den Ausschussmitgliedern kommentiert werden.
(Das Schreiben mit den Hinweisen des Behindertenverbandes wird als Anlage dem Protokoll beigelegt)

Nachdem Herr Geier diese vorgetragen hatte, wurde die Diskussion weitergeführt.

Frau Förster betonte nochmals, dass die Hinweise natürlich aufgegriffen werden. Diese Richtlinie setzt den gesetzlichen Rahmen. Alles darüber hinaus ist eine Sache der Finanzierbarkeit.

Hinterfragt wurde von den Ausschussmitgliedern, welcher Spielraum bei der Beschlussfassung besteht, wenn aufgrund des festgelegten gesetzlichen Rahmens kein inhaltlichen Änderungen möglich sind.

Frau Förster: Unter Beachtung, dass die Träger von KER eine Vielzahl von Rechtsvorschriften beim Bau, Umbau und Betreiben einer Kindertageseinrichtungen anzuwenden haben, welche auch in der Arbeit der Fachaufsicht und Fachberatung Berücksichtigung finden müssen, soll diese Richtlinie zur Stärkung der Professionalität aller am Prozess Beteiligten und somit auch zur Qualitätssicherung beitragen.

Des Weiteren wurde angeregt, dass das Fachamt dem Behindertenverband noch eine schriftliche Antwort auf seine Stellungnahme ausreicht. Dies wurde von Frau Förster zugesichert.

Herr George gab noch den Hinweis, dass die vom Behindertenverband gegebenen Hinweise mit der Vorlage hätten ausgereicht werden sollen. Die Ausschussmitglieder hätten sich dann besser vorbereiten können.

Im Rahmen der weiteren Diskussion wurde durch **Herrn George** ein Änderungsantrag eingebracht. Im Zuge der zu erwartenden Novellierung des Kinderförderungsgesetzes, soll auch die Richtlinie angepasst werden.

Durch **Herrn Ledwa** wurde folgende Formulierung vorgeschlagen:

Änderungsantrag für den Beschlussvorschlag:

Diese Richtlinie muss innerhalb von 12 Monaten nach Inkrafttreten der zu erwartenden Novellierung des Kinderförderungsgesetzes Land Sachsen-Anhalt unter Beteiligung der Träger angepasst werden.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag: 6 / 1 / 0

**Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage
in der geänderten Form: 6 / 1 / 0**

Nach Beschlussfassung beantragte **Herr Geier** im Protokoll aufzunehmen, dass er auf eine Stellungnahme seitens des Fachamtes verzichtet.

Herr Ledwa setzte in der Tagesordnung fort und fragte an, ob es für den nicht-öffentlichen Teil seitens der Verwaltung bzw. der Ausschussmitglieder Anfragen oder

Informationen gibt. Dies war nicht der Fall. Herr Ledwa verzichtete daraufhin die Nicht-öffentlichkeit herzustellen.

Nichtöffentliche Tagesordnungspunkte

9. Nichtöffentliche Anfragen und Informationen der Verwaltung bzw. der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Keine

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10. Schließung der Sitzung

Frau Förster und **Herr Ledwa** wünschten allen Ausschussmitgliedern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Herr Ledwa beendete die Sitzung um 19:30 Uhr.

Dessau-Roßlau, 25.01.12

Vorsitzender Jugendhilfeausschuss

Schriftführer